



Wissenschaftlerkreis
Grüne Gentechnik e.V.

WGG, Postfach 12 01 27, 60114 Frankfurt/Main

Herrn Thomas Oppermann
Vorsitzender der SPD Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Kopie an:

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender SPD

Volker Kauder, Vorsitzender CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Johanna Wanka, BMBF

Christian Schmidt, BMEL

Dr. Barbara Hendricks, BMUB

Frankfurt/Main, den 16. Juni 2015

Anbauverbot für gentechnisch veränderte Pflanzen

Sehr geehrter Herr Oppermann,

als Zusammenschluss von in Lehre und Forschung engagierten Naturwissenschaftlern verfolgen wir die politische Diskussion zum Umgang mit der Grünen Gentechnik mit großer Aufmerksamkeit. Insbesondere beunruhigt uns das auch von der SPD geforderte Verbot des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen in Deutschland, zu dessen Begründung fast ausschließlich politische Gründe ins Feld geführt werden.

Wissenschaftliche Aspekte spielen in dieser Auseinandersetzung keine Rolle mehr. Die Grundsatzfrage, welche Risiken mit dem Anbau verbunden sein könnten und ob diese Risiken drastische Maßnahmen wie ein Anbauverbot erfordern, wird überhaupt nicht gestellt. Im Fokus steht einzig die Frage, wie man den Anbau transgener Pflanzen rechtssicher verbieten kann.

Mittelfristig sind natürlich auch die Forschung und, damit verbunden, besonders unsere jungen Nachwuchswissenschaftlerinnen und Wissenschaftler massiv von einem solchen Verbot betroffen. Forschung mithilfe gentechnisch veränderter Pflanzen beschränkt sich heute nur noch auf Labore, Klimakammern und Gewächshäuser. Freilandversuche gibt es in Deutschland nicht mehr - sie sind aber für eine anwendungsbezogene, agrarwissenschaftliche Forschung zwingend notwendig. Denn erst im Freiland kann beurteilt werden, ob eine neue Sorte allen Anforderungen, einschließlich bioorganischer und ökologischer Merkmale, gerecht werden kann. Öffentliche und private Forschungseinrichtungen haben hier längst aufgegeben und Freilanduntersuchungen ins

Ausland verlagert. Dort werden am Ende die in Deutschland gewonnenen Ideen zur Anwendung und Produktreife gebracht – immer mehr von jungen deutschen Forschern, die hierzulande keine berufliche Perspektive mehr erkennen und sich mit ihrem Fach in Deutschland nicht geduldet fühlen. Wir dünne unseren Forschungsstandort vorsätzlich und ohne Not aus. Forschung findet aber weiter statt, nicht nur in Nordamerika, sondern auch in Brasilien, China, Indien und inzwischen in Afrika.

Wir möchten Sie daran erinnern, dass Anfang der 1980er Jahre über die damals ganz neue Wissenschaft Gentechnologie sehr kontrovers diskutiert und dass auf Initiative der damaligen SPD-Fraktion 1984 die Enquête-Kommission "Chancen und Risiken der Gentechnologie" eingesetzt wurde. Diese Kommission unter der Leitung von Wolf-Michael Catenhusen konnte nach 3 Jahren ihren umfangreichen Abschlussbericht von fast 400 Seiten (Bundestagsdrucksache 10/6775) vorlegen. Ergebnis: Die Fraktionen von SPD, CDU/CSU und FDP beurteilten die neue Technologie grundsätzlich positiv, nur die der Grünen lehnte sie radikal ab. Dank der SPD-Initiative hatte sich die Diskussion damals versachlicht. Viele Ergebnisse dieser Enquête-Kommission wurden bei der Abfassung des ersten Gentechnik-Gesetzes 1990 berücksichtigt.

Aufgrund der damaligen Erfahrungen möchten wir Ihnen die Einrichtung einer neuen Enquête-Kommission "Chancen und Risiken der Grünen Gentechnik" vorschlagen. Aufgabe dieser Kommission sollte es sein, unter Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse und breiter praktischer Erfahrungen folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Chancen hat der Anbau transgener Pflanzen speziell unter mitteleuropäischen Bedingungen?
2. Mit welchen Auswirkungen auf die Umwelt ist bei einem Anbau transgener Pflanzen im Vergleich zum Anbau konventionell gezüchteter Pflanzen zu rechnen?
3. Mit welchen Auswirkungen eines Anbaus transgener Pflanzen auf die Qualität von Nahrungsmitteln und auf die Gesundheit von Verbrauchern muss gerechnet werden?
4. Mit welchen Folgen wird ein Anbauverbot für die deutsche Landwirtschaft zu rechnen sein?
5. Welche Folgen wird ein Anbauverbot für Forschung und Wissenschaft in Deutschland haben?

Vor dem Hintergrund reichlich vorhandener wissenschaftlicher Erkenntnisse und praktischer Erfahrungen sollte der Zeitraum eines Jahres zur Bearbeitung der aufgelisteten Fragestellungen großzügig bemessen sein. Weitere Beratungen über ein Anbau-Verbot sollten in dieser Zeit ruhen.

Die Arbeit einer solchen Enquête-Kommission könnte zusätzlich dazu beitragen, die Differenzen innerhalb der Koalition, konkret also zwischen den Ministerien für Umwelt, Landwirtschaft und Forschung, zu überbrücken.

Wir würden uns freuen, wenn Ihre Fraktion unseren Vorschlag aufgreifen würde und sind jederzeit und gern zur Unterstützung bereit.

Mit freundlichen Grüßen

(Prof. Dr. Klaus-Dieter Jany)

(Dr. Jan-Wolfhard Kellmann)